



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 18. Mai 2022

98. 2021/372

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 15.09.2021:

Gründung einer Gesellschaft, die die Beteiligungen an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) hält

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dominik Waser (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4369/2021): Seit das Thema Atomkraft das letzte Mal in diesem Rat besprochen wurde, hat sich einiges verändert. Die FDP hat sich entschlossen, diese Technologie aus dem letzten Jahrtausend wieder zu befürworten, obwohl der Bau neuer Atomkraftwerke für eine Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Andererseits hat der russische Präsident Wladimir Putin ein souveränes Land angegriffen, was auch uns betrifft. Denn wir sind von Gas, Öl und russischem Uran abhängig. Durch den Betrieb der Atomkraftwerke finanzieren wir also auch den Krieg in der Ukraine. Durch einen russischen Angriff auf ein ukrainisches AKW kamen ausserdem Erinnerungen an den Atomunfall in Tschernobyl auf. Die Gefahren dieser Technologie sind immer noch gross. Nachdem Scheitern des ersten Versuchs, die Atomkraftwerk-Aktien der Stadt Zürich zu verkaufen – was dem Auftrag der Bevölkerung entspricht –, müssen wir nun einen zweiten Versuch starten, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Dabei ist die Art und Weise, wie die Stadt Zürich diese Aktien besitzt, entscheidend: Sie ist keine mehrheitliche Aktionärin bei einem Atomkraftwerk, sondern lediglich Partnerin. Die Aktien hat die Stadt direkt über das Elektrizitätswerk (ewz) gekauft. Würde die Stadt Zürich ihre Aktien an eine Tochtergesellschaft weitergeben, so würde das die Allianzfähigkeit der Stadt stärken. Eine solche Reorganisation könnte sich vorteilhaft auf Bestrebungen auswirken, Beteiligungen an Kernkraftwerken zu veräussern. Dass die Stadt Zürich diesen Schritt noch nicht getan hat, ist unverständlich. Denn die Gefahr ist erheblich, dass die Stadt Zürich für einen Grossschaden geradestehen muss. Würde die Gesellschaftsstruktur angepasst, würde dieses Risiko vermindert. Die Stadt Zürich würde sich dadurch auch nicht aus der Verantwortung ziehen, denn sie verfolgt keine Politik, die die Atomkraft verächtlich macht. Die Bevölkerung möchte aus der Atomkraft aussteigen. Deshalb sollen diese Aktien verkauft werden. Das ewz soll die Stadt in Zukunft nur noch mit erneuerbarem Strom versorgen. Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die Bevölkerung so vor den Gefahren der Atomkraft zu schützen.*

***Bruno Wohler (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. September 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP ist dagegen, diese Aktien zu veräussern, weil wir vom Atomstrom abhängig sind. Wir wären auch dafür, weniger Atomstrom zu beziehen, aber das ist einfach nicht möglich. Wenn wir diese Aktien*



veräussern würden, hätten wir keinen Zugang zu Atomstrom mehr. Und diesen brauchen wir – denn wir haben zu wenige andere Energiequellen. Gerade Stauseen werden häufig von den Grünen verhindert, die dann auch gegen Atomstrom sind. Wir wären für Stauseen, aber das heisst nicht, dass wir es uns leisten können, die Atomkraft zu verteufeln. Die Atomkraft, die wir heute vertreten, ist nicht mehr dieselbe wie im vergangenen Jahrhundert. Wir haben diese Atomkraft im Griff, die Sicherheit ist hoch. Die Technologie wird ständig verbessert, sodass wir sie so lange wie nötig nutzen können. Wenn wir eines Tages genug andere Energiequellen haben, dann können wir uns Gedanken darüber machen, ob wir unsere Atomkraftwerke abstellen sollen oder nicht. Momentan brauchen wir die Atomkraft noch. Deswegen sind wir gegen die Veräusserung dieser Aktien. Diese Aktien soll die Stadt behalten, solange es nötig ist.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Alle aktuell zur Stromproduktion verwendeten Technologien stammen aus dem letzten Jahrtausend, nicht nur die Atomkraft. Die FDP fordert nicht den Bau neuer Atomkraftwerke. Ich möchte Dominik Waser (Grüne) bitten, dies nicht mehr zu behaupten. Solche Verschwörungstheorien bringen uns nicht weiter. Vor allem, weil die Grünen nicht offen darlegen, was sie denn unterstützen – das ist nicht der Stil der FDP. In Sachen Atomkraft ist der Standpunkt der FDP, dass sie gegen ein Technologieverbot ist. Es muss möglich sein, sich weiterhin darüber Gedanken zu machen, ob die Atomkraft eine Rolle spielen kann. Sollte die Atomkraft an einen Punkt kommen, wo der Abfall eine kürzere Halbwertszeit hat und die Kraftwerke noch immer so sicher sind wie heute, dann sollten wir dies in Betracht ziehen. In der heutigen Situation sind neue Kraftwerke keine Option, weil wir den Berg an radioaktivem Abfall nicht vergrössern wollen. Wir wollen lediglich weder Denk- noch Forschungsverbote.*

Beat Oberholzer (GLP): *Die GLP möchte wie die Grünen Atomkraftwerk-Beteiligungen verkaufen und die Werke lieber früher als später stilllegen. Sie sind bereits länger in Betrieb, als ursprünglich geplant, wobei die Risiken mit jedem Betriebsjahr steigen. Vor allem die Stilllegung und die Lagerung der Abfälle sind eine grosse Gefahrenzone. Deshalb ist es nicht unwesentlich, wie sich die Stadt Zürich an den Kraftwerken beteiligt. Die GLP glaubt nicht, dass sich durch die Gründung einer Zwischengesellschaft alle Probleme lösen lassen. Auch haftungsrechtlich ändert sich unter Umständen nicht besonders viel. Dennoch ist es organisationsrechtlich störend, dass andere Partner der Atomkraftwerke Zwischengesellschaften haben. Der Stadtrat soll dieses Postulat deshalb annehmen. Ich möchte betonen, dass sich die Stadt durch diese Änderung nicht einfach aus der Verantwortung ziehen kann. Die Richtung der Eigentümerstrategie soll bleiben.*

Barbara Wiesmann (SP): *Die Stadt Zürich hat den Ausstieg aus der Atomenergie bereits per Volksentscheid beschlossen. Trotzdem kann sie die Anteile an den bestehenden Strukturen nicht verkaufen, wie uns in der Weisung GR Nr. 2020/520 ausführlich dargelegt wurde. Wir können die anderen Partner der Atomkraftwerke nicht zu einer früheren Stilllegung bewegen. Deshalb ist es wichtig, dass wir zumindest gleich lange Spiesse wie die Partner der Kraftwerke haben. Das erreichen wir durch eine Struktur mit Zwischengesellschaften. Wie die Atomkraftwerk-Aktien ausgegliedert werden können,*



3 / 3

soll deshalb geprüft werden.

Walter Angst (AL): Das Anliegen in diesem Postulat ist keine neue Idee, derselbe Vorschlag wurde bereits im Bericht zum Postulat GR Nr. 2018/216 präsentiert. Beat Oberholzer (GLP) hat bereits erwähnt, dass mit diesem Vorschlag nicht besonders viel erreicht werden kann. Denn die Risiken trägt die Stadt sowieso – ob sie die Atomkraftwerke im eigenen Portfolio hat oder nicht. Der Stadtrat ist wahrscheinlich sowieso bereits dabei, diese Anliegen zu prüfen. Die AL stimmt dem Postulat trotzdem zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Der Stadtrat unterstützt dieses Postulat. Der Gemeinderat rennt mit dem Anliegen offene Türen ein, denn es wurde bereits viel unternommen, um diese Beteiligungen zu veräussern, auch wenn dies noch nicht gelungen ist. Solange der Verkauf also nicht gelingt, müssen wir uns überlegen, welche Organisationsstruktur am besten wäre. Dadurch, dass die Kernkraftwerke direkt bei der Stadt anstatt bei einer Zwischengesellschaft angesiedelt sind, haben wir eine spezielle Situation. Wir streben an, dass die Stadt Zürich mit den anderen Partnern der Atomkraftwerke gleichgestellt ist. Das könnte möglicherweise die Haftungssituation verändern oder den Verkauf vereinfachen. Das prüfen wir momentan. Ich bezweifle allerdings, dass ein grosser Mehrwert erzeugt werden könnte. Ein grosses Problem stellt die Möglichkeit dar, dass einzelne Partner ausfallen. Träte diese Situation ein, könnte die Stadt ein grosses Risiko tragen müssen, weil sie sehr liquid ist. Die direkte Eigentümerschaft wäre vor allem in dieser Situation hinderlich. Diese Diskussion wird auch national beim Bundesamt für Energie geführt. Aus diesen Gründen haben wir dieses Thema bereits aufgegriffen, insbesondere in Bezug auf das Kernkraftwerk Gösgen, das besonders betroffen ist. Die Lösung zu diesem Vorschlag muss so ausgestaltet werden, dass alle Partner zustimmen, da Einstimmigkeit erforderlich ist. Der Stadtrat nimmt das Postulat sehr gerne entgegen.

Das Postulat wird mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat